

Fragen zur Infoveranstaltung Neubau Flüchtlingsunterkunft in Waldfrieden am 22.03.2016:

1. Zahlen zu den zwei bestehenden Notunterkünften in Waldfrieden

- Wie sind die jeweils aktuellen Flüchtlingszahlen in den beiden Unterkünften und wie ist der jeweilige Anteil an Einzelbewerbern, an Familien und die Anzahl der Kinder?

2. Integration

- Welche Maßnahmen der Integrationsvorbereitung laufen bereits und durch wen? (z.B. Sprachkurse, Verkehrsschulung, Einführung in das deutsche Rechtssystem und deutsche Gepflogenheiten?)
- Bestehen Angebote oder geplante Maßnahmen der Berufsausbildung durch die ansässigen Institutionen und örtlichen Betriebe?
- Die Flüchtlinge haben auf ihrem Weg nach Deutschland und ebenso innerhalb Deutschlands, viel Zeit in mehreren Auffanglagern und Flüchtlingsheimen zubringen müssen. Ist das erneute Unterbringen in dieser geplanten Massenunterkunft, aus rein humanitären Gründen und für eine erfolgreiche Integration dieser Menschen nicht eher von Nachteil?

3. Bildung und Arbeit

- Gibt es Erkenntnisse zum Bildungsstand der Flüchtlinge?
- Wie ist die Resonanz und Beteiligung an Sprachkursen und anderen Angeboten?
- Wie ist die Situation bei der Unterbringung von Kindern in Kitas und Schulen?

4. Betrieb, Kosten für die Flüchtlingsunterbringung

- Wer finanziert diesen Neubau (3,0 Mio € zzgl. 0,5 Mio Förderung?) und ist letztendlich der Bauherr und Besitzer? (Dazu gibt es widersprüchliche Aussagen: laut MOZ und Pressemitteilung des Landkreises das EJF, laut EJF der Kreis.)
- Was wird aus der Massenunterkunft, wenn die Flüchtlingszahlen rückläufig sind?
- Es sind nach Aussage des Betreibers 5-Jahresmietverträge mit dem EJF abgeschlossen worden. Ist hierin für das Flüchtlingsheim Lanker Straße eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit vorgesehen?
- Kann bei Nichtauslastung die Notunterkunft in der Lanker Straße leer gezogen und die ursprüngliche Planung (Abriss) und ggf. Bebauung mit einer Kita und/oder (sozialem) Wohnungsbau umgesetzt werden?

5. Von einer Notunterkunft zum planmäßigen Standort für Flüchtlinge?

- Der Neubau auf dem Gelände der ehem. Forstschule wird als „Ergänzungsneubau“ deklariert, was „ergänzt“ er?
- Welche Funktion soll der Neubau erfüllen? Übergangwohnheim für Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren oder ein Wohnheim für anerkannte Flüchtlinge ohne Wohnung?

- Ist ein Neubau mit Kosten von 3,5 Mio € vor dem Hintergrund rückläufiger Flüchtlingszahlen noch erforderlich? Schon jetzt sollen nur 44 Prozent die Flüchtlingsunterkünfte in Brandenburg belegt sein (seriöse Presseinfo vom 20.3.2016).
- Wie und auf welcher Grundlage wurde die Entscheidung zum Neubau eines Übergangwohnheimes mit der Kapazität von 200 Heimplätzen auf dem Gelände der ehemaligen Waldarbeitsschule getroffen? Hat das für die Flüchtlingsunterbringung zuständige Dezernat des Landkreises eine Strategie / Bedarfsplanung?
- Welche Standortkriterien waren ausschlaggebend? (im Ortsteil Waldfrieden gibt es keine medizinischen Einrichtungen, keine Apotheken, keine Nahversorger, keine Grundschulen, keine allgemein zugänglichen kulturellen oder kirchlichen Einrichtungen bzw. Raum für Begegnung)
- Hat die Stadt Bernau im Baugenehmigungsverfahren bereits förmlich ihr Einvernehmen erteilt? (betrifft auch die Erklärung des Einvernehmens für Teilgenehmigungen)

6. Wohnungsvergabe

- Gibt es bei den Menschen mit Bleibeperspektive nicht vielmehr den Wunsch nach mehr Privatsphäre in einer eigenen Wohnung (bzw. liegen Erkenntnisse vor, wie die Asylbewerber zu einer dezentralen Unterbringung stehen)?
- Wäre der Bau von Sozialwohnungen – für Flüchtlinge und sozial schwache Deutsche – auch auf dem Gelände der ehemaligen Waldarbeitsschule nicht sinnvoller?
- Welche Planungen und Maßnahmen werden auf Kreisebene unternommen, um Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen? Welche Gemeinden - außer Wandlitz, Bernau, Eberswalde, Joachimsthal, Oderberg – nehmen noch Flüchtlinge auf? Welchen Beitrag leistet z.B. Biesenthal?
- Welche Anreize werden für kleinere Kommunen geschaffen, um Wohnraum für Flüchtlinge, insbesondere für Familien bereitzustellen?
- Wenn ein Heim innerhalb von 9 Monaten errichtet werden kann, warum nicht auch ein Wohnhaus? Was gedenkt die Stadt Bernau mit ihren städtischen Wohnungsbaugesellschaften für den kurzfristigen Neubau von Sozialwohnungen zu unternehmen?
- Wie werden hier die Wohnbedürfnisse von Flüchtlingen und eine bessere Verteilung im Stadtgebiet berücksichtigt?